

Plädoyer für die Kreise vom „Verwaltungspapst“

Rendsburg – In die Dauerdebatte um eine Verwaltungsstrukturreform haben die Kreis namhafte Unterstützung erhalten. Auf der Jahresversammlung des Landkreistages in Rendsburg erneuerte „Verwaltungspapst“ Prof. Joachim Jens Hesse gestern sein Lob für die Kreise als „stabile Gebietskörperschaft“. Das war natürlich Musik in den Ohren der

Kreispräsidenten und Landräte, die über eine chronische Unterfinanzierung klagen und sich immer wieder mit einer Diskussion über die Zusammenlegung von Kreisen konfrontiert sehen. Für Hesse ist das jedoch kein Thema. Gerade in Schleswig-Holstein stellen die 15 Kreise ein „strukturelles Optimum“ dar. Der Professor am Internationalen Institut für

Staats- und Europawissenschaften in Berlin weiß, wovon er spricht. Elf Bundesländer hat er inzwischen unter die Lupe genommen – vor vier Jahren auch Schleswig-Holstein. Am Reformbedarf, den er dabei ausgemacht hatte, hat sich bisher nicht viel geändert. Nach wie vor gehe es darum, Landesaufgaben auf die kommunale Ebene zu verlagern. Über diese

Debatte liege im Lande jedoch „ein gewisser Mehltau“, formulierte Hesse. „Es fehlt der Vollzug.“ Das sieht der Vorsitzende des Landkreistages, Kreispräsident Johannes Petersen, ganz ähnlich. Vorwürfe des Landes, dass die Übertragung bisher vor allem daran scheitert sei, dass sich die kommunale Ebene nicht einig sei, weist er zurück. „Das ist eine

reine Schutzbehauptung. Wir haben klar gesagt, was wir übernehmen wollen. Die Landesregierung hätte einfach nur entscheiden müssen.“ Das Vorhaben sei nun bis nach der Landtagwahl vertagt. „Da verlieren wir wieder ein Jahr. Das ärgert mich.“ Doch nicht nur auf dieser Ebene hakt es. „Ich bin kein Freund der Ämter und auch die Gemeindestrukturen

halte ich in Schleswig-Holstein für zu kleinteilig“, bekannte Hesse. Mit solchen Gemeindegößen sei „die Zukunft nicht zu gewinnen“. Um Fusionen voranzutreiben, sei nach einer Phase der Freiwilligkeit und der Anreize als dritte Stufe auch ein Gesetzgebungsverfahren denkbar. „Wir sollten nicht so tun, als könnte man alles im Konsens lösen.“ std

KN, 20.11.05